



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Illegale Mülldeponien in Tschechien: aktueller Stand, Hintergründe, Learnings

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über den aktuellen Stand und die Learnings aus dem Skandal um die illegale Deponierung eines oberpfälzer Unternehmens in Tschechien zu berichten.

Im Bericht ist insbesondere darauf einzugehen,

- wie angesichts der Insolvenz des beteiligten oberpfälzer Recyclingunternehmens das weitere Vorgehen auf bayerischer Seite zum formalen Rückholersuchen der tschechischen Regierung ist,
- welche Kenntnis die Staatsregierung mittlerweile über die genaue Menge und Zusammensetzung des illegal in Tschechien deponierten Mülls aus Bayern hat,
- ob die Anlage zum Recycling von Batterien, für die das oberpfälzer Unternehmen im Jahr 2023 eine staatliche Fördersumme von 2,1 Mio. Euro erhalten hat, errichtet wurde und funktionstüchtig ist,
- wie viele Unternehmen in Bayern CFK-Verbundmaterialien (CFK = carbonfaserververstärkter Kunststoff) sowie Lithium-Ionen-Batterien ordnungsgemäß recyceln können und wie hoch die Gesamtrecyclingkapazitäten in Bayern sind,
- welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um die Recyclingkapazitäten von CFK-Verbundmaterialien und Lithium-Ionen-Batterien in Bayern zu erhöhen,
- inwieweit die Staatsregierung die weitere Erforschung des Recyclings von CFK-Verbundmaterialien fördert,
- welche Handlungsmöglichkeiten, z. B. bessere Kontrollen, die Staatsregierung sieht, um künftig ähnliche Fälle möglichst zu vermeiden.

Begründung:

Die illegale Müllverbringung in die tschechische Gemeinde Jiříkov hat in den letzten Wochen für erheblichen Aufruhr gesorgt. Seit Dezember 2024 wurden offenbar tonnenweise Abfälle, darunter Flugzeugteile und Rotorblätter von Windkraftanlagen, ohne Genehmigung im Ort Jiříkov abgeladen. Beteiligt daran ist wohl ein Weidener Recyclingunternehmen. Die Bürgermeisterin von Jiříkov machte den Fall öffentlich.

In dieser Woche wurde bekannt, dass das involvierte Weidener Unternehmen Insolvenz angemeldet hat. Inwieweit nun der Freistaat bezüglich der Rückholung in der Pflicht ist, ist zu erörtern.